



Göran Rosenberg

Der Krieg ums Wort

Über die Beschreibbarkeit des Denkbaren und des Möglichen

Der Entschluss, die Anschläge vom 11. September als Kriegshandlungen und die Antwort als Krieg zu definieren, war alles andere als selbstverständlich, hat aber weitreichende Konsequenzen für die Art und Weise, wie die Medien die weiteren Ereignisse beschreiben. Ereignisse und Handlungen, für die sich die Journalisten das Recht hätten vorbehalten sollen, sie selbst zu formulieren, wurden ihnen vorformuliert in den Mund gelegt. Im Kampf um das Wort muss der Journalismus seine Freiheit besser wahren als es bisher geschehen ist, meint Göran Rosenberg.

Der Kampf um das, was wir alle am Bildschirm gesehen haben, setzte sofort ein. Verbrechen oder Krieg? Krimineller Bombenanschlag oder Attacke gegen die USA? Schnell und überzeugend war die Parallele zum japanischen Bombenangriff auf die amerikanische Flottenbasis in Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 gezogen worden, was für eine Attacke gegen die USA und also für Krieg sprach. Für Krieg sprach auch die visuelle Sprengkraft der Taten, die an einen Kriegsschauplatz anmutende Zerstörung, die militärische Präzision der Ausführung und die politische Symbolkraft in der Wahl der Ziele.

Etwas, das wie eine Kriegshandlung aussieht, kann leicht als Kriegshandlung aufgefasst und somit zu einer Kriegshandlung werden, auch wenn es in wesentlichen Aspekten etwas anderes ist. Oder zumindest etwas, das genauso gut mit ganz anderen Begriffen definiert werden, andere Assoziationen evozieren, andere Reaktionen auslösen und zu anderen Beschreibungen der Wirklichkeit führen könnte.

Inwieweit es der amerikanischen Staatsführung politisch möglich war, der Kriegsdefinition zu widerstehen, ist eine andere Sache. Einer Terrorhandlung, die so offensichtlich einen Krieg provozieren sollte, dessen geistiger Vater im Tarnanzug und mit einem Maschinengewehr behängt ganz unverblümt zum Krieg aufrief, hätte nur mit großem politischen Mut und unter starker politischer Führung als etwas anderem begegnet werden können. Alles deutet auch darauf hin, dass der semantische Kampf um den Krieg vorbei war, bevor er wirklich angefangen hatte. Außenminister Colin Powell sprach in seinem ersten Kommentar von der bevorstehenden Aufgabe, die "Täter" zu finden und "vor Gericht zu stellen", er schien somit das Attentat als Verbrechen und die ausständige Antwort darauf als wenn auch eine umfassende, so doch eine Polizeiaktion zu betrachten. Aber schon in seiner Rede an die Nation am Abend des 11. September sprach Präsident Bush von der Aufgabe, "den Krieg gegen den Terrorismus" zu gewinnen. Tags darauf schloss Powell sich an: "Kriegerische Handlungen wurden gegen das amerikanische Volk begangen, und wir werden entsprechend reagieren." Eine bewusste Wortwahl stand für

eine bewusste Strategie.¹

Die politische Entscheidung, die Terrorattacken als Kriegshandlungen zu definieren, wurde umgehend in Rhetorik und Propaganda umgesetzt. Als welche Art von Krieg sollte dieser dargestellt werden? Wer sollte kämpfend gezeigt werden, und gegen wen und was? Wie könnten sich die kommenden Militäraktionen legitimieren lassen? In seiner wichtigen Rede vor dem versammelten Kongress am 20. September entschied sich Präsident Bush, den nahenden "Krieg gegen den Terror" in Begriffe zu kleiden, die sich jeder Präzisierung und Begrenzung entzogen, dafür offen waren für jegliche Ausweitung und –schreitung: "Der Kurs, den dieser Konflikt einschlagen wird, ist uns nicht bekannt, sein Ende aber kennen wir. Freiheit und Angst, Gerechtigkeit und Grausamkeit haben schon immer gegeneinander Krieg geführt. Und wir wissen, dass Gott nicht neutral daneben steht."²

Dieserart wurde also der alles andere als selbstverständliche Rahmen gesteckt, innerhalb dessen sich fast aller Journalismus nach dem 11. September bewegen sollte. Die Kriegsterminologie wurde zu einer zwingenden Selbstverständlichkeit, bevor der Krieg überhaupt ausgebrochen war, ja noch bevor ihm Feind und Schlachtfeld zugewiesen waren. Das Wort "Krieg" fing an, Schlagzeilen, Editorials und Berichterstattung zu dominieren. Rund um die Uhr ausstrahlende Nachrichtensender änderten ihre Einblendungen von "Attacken gegen Amerika" über "Der Krieg gegen den Terror" zu "Amerika im Krieg". Die Kriegsstimmung wurde von tödlichen Anthrax-Briefen und wiederholten, nicht weiter präzisierten Terrorwarnungen durch die amerikanischen Behörden verstärkt.

Manchmal bestimmen unsere Worte die Gedanken und nicht umgekehrt. Sprechen wir von etwas als Krieg, dann denken wir auch schnell daran als Krieg, selbst wenn, was wir Krieg nennen, Polizeiaktion oder Verbrecherjagd heißen könnte. Sagt man "Krieg", gesellen sich zu diesem Wort sofort Truppen, Waffen, Bomben, Fronten, Territorien, Alliierte, Verräter, Zivilopfer ("collateral damage"), Ausnahmezustände und Militärgerichte. "Amerika im Krieg", ruft CNN. "Der Krieg gegen den Terrorismus", sagt der Präsident im Weißen Haus. "Der Krieg gegen den Terrorismus", denken die Redaktionen weltweit und planen dementsprechend.

Wie gesagt, war dies weder ein selbstverständlicher Gedanke noch ein selbstverständlicher Rahmen für den Journalismus, da der "Krieg gegen den Terrorismus" nicht zwingend ein Krieg sein muss, jedenfalls kein Krieg, der militärisch gewonnen und beendet werden kann. Terrorismus ist in erster Linie ein Produkt von Gedanken, nicht von Armeen. Terrorismus hat seine Hauptquartiere in den Köpfen unbekannter Individuen und nicht in geografisch wohl bekannten Regionen. Jener Terrorismus, der 1995 in den USA zu den Bombenattentaten gegen das FBI-Gebäude in Oklahoma City geführt hatte, kann nicht durch Krieg besiegt werden. Genauso wenig jenes terroristische Gehirn, das die milzbrandinfizierten Briefe verschickt hat und das aller Wahrscheinlichkeit nach in dem Kopf eines einzelnen amerikanischen Bürgers sitzt. Und auch jener Terrorismus nicht, der religiösem oder politischem Fanatismus entspringt, ob vereinzelt oder kollektiv, in Afghanistan oder in den USA.

Der Entschluss, die Attacke vom 11. September als eine Kriegshandlung und die Antwort als einen Krieg zu definieren, hat daher weit reichende Konsequenzen für die Art und Weise, auf die der Nachrichtenjournalismus die anschließenden Geschehnisse beschreibt. Beinahe unbemerkt entwickelte sich

der Krieg gegen den Terrorismus zu einem Krieg gegen das Talibanregime in Afghanistan, das, wie verhasst und verabscheuungswürdig auch immer es gewesen sein mag, kaum mit "dem Terrorismus" ident war. Nicht einmal vom terroristischen Netzwerk Al Qaida konnte das behauptet werden. Auch wenn man das Argument akzeptierte, dass das Talibanregime auf militärischem Wege zerschlagen werden musste, damit die Hauptquartiere der Al Qaida in Afghanistan militärisch angegriffen und zerstört werden konnten (und somit der Gerechtigkeit Genüge getan würde), war dennoch völlig klar, dass "der Terrorismus" damit nicht besiegt wäre. Kaum hatte man entschieden, dies als einen Krieg gegen den Terrorismus zu definieren, wurde er zu einem Krieg, der weitergeführt werden musste, mit neuen militärisch angreifbaren Feinden und Zielen. Diese Entscheidung wurde umgehend zur legitimierenden Erklärung des Bedarfs an Kriegsgesetzen, Kriegsgerichten und der Einteilung in Freund und Feind eingesetzt. Wie der britische Kriegshistoriker Michael Howard anmerkte, folgt der Kriegsdefinition auch eine Art Erhöhung der Terroristen zu Kriegsgegnern (und somit eine unausgesprochene Verpflichtung, die Kriegskonventionen zu befolgen, unter anderem was die Behandlung von Kriegsgefangenen anbelangt): "Terroristen, oder noch unpräziser, dem Terrorismus den Krieg zu erklären, bedeutet, den Terroristen jenen Status und jene Würde zu verleihen, die sie sich so heiß ersehnen, aber nicht verdienen."³

Die Parallele zu Pearl Harbor ist nicht nur wertlos und oberflächlich, sondern auch irreführend, behauptet der Historiker Paul W. Schroeder. Nahe liegender ist die Parallele zum Terroranschlag, der den ersten Weltkrieg auslöste: die Ermordung des Habsburger Thronfolgers in Sarajevo im Sommer 1914. In beiden Fällen handelt es sich um kleine und isoliert Agierende, die mit einer gezielten und symbolisch stark aufgeladenen Terrorhandlung einen überlegenen Gegner zu einem Krieg provozieren zu können hofften, den dieser weder wünschte noch gewinnen zu können glaubte.

Zum Krieg von 1914 liegen Ergebnisse vor, zu dem von 2001 noch lange nicht.

"Vielleicht wäre es besser gewesen", schreibt Schroeder, "die Anschläge von Anfang an als ein furchtbares Verbrechen zu bezeichnen (was sie ja auch waren), auf die mit einer umfassenden, internationalen Polizeiaktion (was die aktuellen Operationen ja auch sind) gegen die Verbrecher reagiert werden müsste, *aber ohne dabei einen Krieg gegen den Terrorismus zu erklären und damit sowohl der Bedrohung als auch den Tätern eine übertriebene Bedeutung beizumessen.*"⁴

Kurz gesagt, jene Wortwahl und jene Definitionen, die in den Tagen nach dem 11. September höchst umstritten und alles andere als selbstverständliche Ausgangspunkte für unser Verstehen und unsere Beschreibungen der Terrorattacken und ihrer Konsequenzen waren, wurden unreflektiert als der immer mehr um sich greifende Rahmen akzeptiert, innerhalb dessen sich der Journalismus zu bewegen hatte. Ereignisse und Handlungen, die zu formulieren sich die Journalisten selbst hätten vorbehalten müssen, wurden ihnen vorformuliert in den Mund gelegt. "Der Krieg gegen den Terrorismus" wurde zum Krieg im Sack, zu einem Krieg, der vielleicht von Anbeginn an kein Krieg war, aber als er dann doch zu einem wurde, zeigte sich, dass es ein anderer Krieg war als der, den wir zu kaufen geglaubt hatten.

Hätten die Journalisten ihr Recht auf eigene Benennung der Welt nach dem 11. September besser wahren können? Wahrscheinlich genauso wenig wie die

Regierungen dieser Welt. Der mächtigste Staat und die einflussreichste Presse der Welt schlugen vom ersten Moment einen emotionellen und politischen Ton an, der keine Dissonanzen tolerierte. Man kann mit einem passenden Wort von Lars Gustafsson sagen, dass das amerikanische "Problemformulierungsprivileg" in dieser Situation sehr stark und mit großem Nachdruck vorgebracht wurde. Die "breite" amerikanische Koalition gegen den Terrorismus wurde im Grunde ohne Forderungen nach Mitbestimmung, Transparenz oder Diskussion aufgebaut.

Vielleicht sehen wir jetzt die Gefahren, die der Kauf eines Krieges im Sack mit sich bringt. Nun, alle sehen sie natürlich nicht. Es wird immer noch ein primitives Fingerzeigen betrieben ("Hah! Ihr hattet Unrecht!"), das sich gegen jene richtet, die mit Einwänden gekommen waren gegen den "Krieg gegen den Terrorismus", der sich schließlich zu einem Krieg gegen das Talibanregime verwandelte und nun verspricht/droht, ein globaler Krieg gegen ständig neue Ziele und damit zu einem Krieg ohne absehbares Ende und statt dessen mit auf langer Sicht ungewissen Konsequenzen zu werden. Es ist richtig, dass das Talibanregime rascher und scheinbar einfacher besiegt wurde, als viele Kritiker erwartet hatten, aber es ist nicht unbedingt richtig, dass "der Terrorismus" damit besiegt oder nennenswert geschwächt wurde.⁵

Eine bereits zu beobachtende Konsequenz dieses undefinierten Krieges ohne Ende ist ein undefinierter Kriegszustand ohne Ende, mit den dazugehörigen Begleiterscheinungen wie Kriegsgesetze, Kriegsbudgets und verstärkte militärische Aufrüstung. Eine andere Konsequenz ist die Vergrößerung des politischen Spielraumes, was ermöglicht, politische Gegner als Terroristen und damit legitime Angriffsziele zu klassifizieren; insbesondere den Spielraum für Israels Premierminister Ariel Sharon, die Westbank und den Gazastreifen als Brutstätten des Terrors zu bezeichnen und Israel damit freie Hand zu geben, mit militärischen Mitteln die letzten Überreste der palästinensischen Selbstverwaltung und des Osloer Friedensprozesses unschädlich zu machen. Die amerikanische Staatsführung, die sich anfangs noch beeilt hatte, die Forderung nach einem palästinensischen Staat zwecks Stärkung der Koalition gegen die Taliban zu unterstützen, gibt jetzt offen ihre Zustimmung zu israelischen Missile-Angriffen gegen palästinensische Institutionen, Panzerinvasionen in palästinensischen Dörfern und "Präzisionsbombenangriffen" auf palästinensische Anführer (mit dem üblichen "collateral damage").

Hierin liegt die vielleicht größte Herausforderung für den Journalismus nach dem 11. September. Wird er in der Konkurrenz um das Wort mit einer alles dominierenden Großmacht bestehen können, um zu beschreiben und zu verstehen, was diese Großmacht sagt und tut? Wird er es schaffen, den "Krieg gegen den Terrorismus" mit Worten und Begriffen zu beschreiben, die andere, objektive Problemformulierungen ermöglichen und ihnen politische Relevanz verleihen?

Dies ist eine Herausforderung, die dadurch nicht geringer wird, dass der "Krieg gegen den Terrorismus", also der Krieg gegen die Taliban und Al Qaida in Afghanistan, langsam als der mit der strengsten Informationskontrolle und der intensivsten Verhinderung von Transparenz aller amerikanischen Kriege jemals hervortritt. Journalisten wurde der Kontakt mit kämpfenden amerikanischen Einheiten und Soldaten in einem noch nie da gewesenen Ausmaß verweigert. Informationen vom Pentagon, vom Verteidigungsstab und von der befehlshabenden Militärführung waren weit mehr gesteuert als in früheren amerikanischen Kriegen. Der Zugang zu inoffiziellen Quellen auf

tieferem Level wurde effektiv blockiert. Jegliche Information (und Desinformation) wurde von oben gefiltert, wenig ist nach unten durchgekommen. Zeitungen, denen es dennoch gelang, an inoffizielles Material zum Kriegsverlauf zu kommen und es zu publizieren, konnten diesmal mit einem "Schwall an Beschimpfungen" ("a torrent of abuse") vom Pentagon rechnen.⁶

Auch wenn die Wahrheit ein schwindendes journalistisches Ideal darstellt und "die Wahrheit über den Krieg" vielleicht die illusorischste von allen ist, so steht der Journalismus diesmal nicht nur vor der Aufgabe, nach bestem Vermögen die Wahrheit über einen Krieg zu suchen, sondern über einen Krieg, bei dem unklar bleibt, wer der Feind, wo das Schlachtfeld und was das eigentliche Ziel ist.

Ich glaube, dass unsere Erzählungen über unsere Welt zu einem guten Teil mitbestimmen, wie unsere Welt wird. Journalismus ist für mich die Freiheit der vielen Erzählungen, der vielen Erzählungen, wie die Welt ist und damit wie die Welt werden kann. Die Erzählung, die seit dem 11. September in hohem Maße mitbestimmte, wie sich unsere Welt entwickelt hat, ist nicht die einzig denkbare, nicht die einzig "richtige" und auch nicht die einzig mögliche. Was in Zukunft als denkbar und möglich betrachtet werden wird, hängt natürlich hauptsächlich von anderem als von Journalismus ab, aber vielleicht dennoch zu einem Teil von Wille, Können und Freiheit der Journalisten, die Welt mit eigenen Worten zu erzählen.

Auf jeden Fall ist das eine Freiheit, die der Journalismus besser als bisher wahren, schätzen und nützen muss.

¹ In einem Artikel mit dem Titel "A Strange War" (*The National Interest*, Thanksgiving 2001) schrieb Eliot A. Cohen, Professor für Strategische Studien an der Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, Johns Hopkins University, dass eine "scheinbar zufällige Wortwahl eigentlich tiefgehende Unterschiede in der Sichtweise darauf widerspiegelt, wie die USA dem begegnen sollen, was ein langwieriger und sicherlich gefährlicher Kampf werden dürfte".

² "The course of this conflict is not known, yet its outcome is certain. Freedom and fear, justice and cruelty, have always been at war. And we know that God is not neutral between them." Rede vor dem versammelten Kongress am 20. September 2001.

In einem Artikel von James Fallows in *The Atlantic Monthly* (Dezember 2001) wird die semantische Vorarbeit zu dieser Rede geschildert. Präsident Bushs Mitarbeiter Michael Gerson erzählt, wie man sich dazu entschieden hatte, die Rede um ein paar einfache rhetorische Fragen mit einfachen rhetorischen Antworten herum aufzubauen, nachdem "den Amerikanern wesentliche Informationen über das Wesen der gegen uns gerichteten Kräfte fehlten" ("Americans lacked some very basic information about the nature of the forces against us.") Fragen vom Typ "Wer attackierte unser Land?", "Warum hassen sie uns?", "Wie sollen wir kämpfen, um diesen Krieg zu gewinnen?" unterstrichen die Entschlossenheit der amerikanischen Staatsführung, die Situation nach dem 11. September als eine Kriegssituation zu definieren.

³ Michael Howard: "What's In A Name? How to Fight Terrorism", *Foreign Affairs*, January/February 2002. In seinem Artikel übt Howard scharfe Kritik am "Missbrauch" des Wortes Krieg in diesem Zusammenhang, ein Missbrauch, der, so sagt er, nicht nur legalistisch oder semantisch ist, sondern auch "tiefer gehende und gefährlichere Konsequenzen" hat: "To declare that one is at war is immediately to create a war psychosis that may be totally counterproductive for the objective being sought. It arouses an immediate expectation, and demand, for spectacular military action against some easily identifiable adversary, preferably a hostile state – action leading to decisive results."

Eine paradoxe Konsequenz der amerikanischen "Kriegserklärung" war der Konflikt um die Art und Weise, auf die die gefangenen genommenen Taliban und/oder die Mitglieder der Al Qaida behandelt werden sollten. Jener amerikanische Politiker, der noch am wenigsten dazu geneigt hatte, die Terrorattacken als Krieg zu definieren, Außenminister Colin Powell, empfahl, die Gefangenen der Genfer Konvention entsprechend zu behandeln, d.h. wie

Kriegsgefangene, während Präsident W. Bush, der so eifrig von Krieg gesprochen hatte, vorzog, sie wie verdächtige Verbrecher zu behandeln (*Washington Times*, 26.1.02). "Sie tragen keine Uniformen, sie repräsentieren keine Armee irgendeines Staates und erfüllen damit nicht die Anforderungen der Genfer Konvention", erklärte Vizepräsident Dick Cheney im Fernsehen (*This Week*, ABC, 27.1.02).

- ⁴ Paul W. Schroeder: "The Risks of Victory", *The National Interest*, Winter 2001/02. Hervorhebung durch G. R.
- ⁵ "Der Krieg hat eben erst begonnen", verkündete Präsident Bush in seiner State of the Union–Rede an den amerikanischen Kongress am 29. Januar 2002.
- ⁶ Die Angaben wurden einem Artikel von Neil Hickey entnommen: "Access denied. The Pentagon's War Reporting Rules are the Toughest Ever", *Columbia Journalism Review* (January/February 2002). Das Zitat stammt vom Auslandsredakteur der *Los Angeles Times*, Somin Li.

Published 2002–05–02
Original in Swedish
Translation by Sandra Nalepka
© Göran Rosenberg
© eurozine